

Appell für Pressefreiheit: Medienvielfalt als Grundlage der Demokratie!

Ein Bündnis unabhängiger Medien fordert am 10. Februar 2025 von der ÖVP, Medienvielfalt und Pressefreiheit zu garantieren.



Nachrichten AG

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Ein Bündnis unabhängiger Medien hat einen eindringlichen Appell an die ÖVP gerichtet, um essentielle Garantien für Medienvielfalt und Pressefreiheit in Österreich sicherzustellen. Sie warnen vor dem wachsenden Einfluss der FPÖ und ihrem Bestreben, mit ihrer aggressiven Rhetorik demokratische Grundsätze zu untergraben. Die Vertreter:innen des Bündnisses, zu dem prominente Magazine wie Südwind und frauen*solidarität gehören, betonen die Notwendigkeit, die Pressefreiheit aktiv zu verteidigen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen in Ländern wie Ungarn, wo bereits drastische Eingriffe in die Medienfreiheit erlebbar sind, wie **APA-OTS** berichtete.

Die Forderung des Bündnisses ist klar: Die Förderung von unabhängigen Medien muss auf eine demokratische Medienpolitik ausgerichtet sein, die Transparenz und Gleichheit in der Unterstützung von Medien aller Größen sichert. Eine faire Inseratenpolitik, die auch kleinere, kritische Medien nicht vernachlässigt, ist unerlässlich. Diese rufen zur Stärkung von Medien auf, die sich für soziale Ungleichheiten einsetzen und eine diverse Berichterstattung fördern. Bernadette Schönangerer, Chefredakteurin von frauen*solidarität, sprach sich deutlich gegen die Absichten der FPÖ aus, bei der Äußerung zu Medienpluralismus insbesondere rechtsextreme Online-Plattformen zu unterstützen.

Der Einfluss sozialer Medien auf die Demokratie

Die Debatte um Medienvielfalt ist nicht nur auf traditionelle Formate beschränkt; auch die sozialen Medien spielen eine entscheidende Rolle in der politischen Landschaft. Laut [bpb.de](https://www.bpb.de) haben soziale Netzwerke sowohl das Potenzial, politische Mobilisierung zu fördern, als auch zur Fragmentierung der Öffentlichkeit beizutragen. Diese Plattformen ermöglichen es Menschen, sich zu vernetzen und Informationen ohne zentrale Steuerung auszutauschen, was sowohl Chancen als auch Risiken birgt.

Trotz der positiven Aspekte gibt es auch Besorgnis hinsichtlich der möglichen Zersplitterung der Gesellschaft, da User häufig in homogene Netzwerke eingebunden werden, die eigene Weltanschauungen verstärken können. Dies könnte dazu führen, dass bestehende politische und soziale Unterschiede vertieft werden. Die Herausforderungen, die sich aus der Nutzung sozialer Medien für die politische Meinungsbildung ergeben, sind facettenreich und erfordern dringend ein Augenmerk auf die Qualität und Vielfalt der angebotenen Inhalte.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at